

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 15

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Die Belgrader Konferenz der Blockfreien ist in der heutigen politischen Konjunktur allenfalls noch eine Randerscheinung. Die teilnehmenden Nationen hatten schon mit ihrer unrepräsentativen Beschickung der Tagung gezeigt, dass ihr keine Vordringlichkeit zukam. Ohnehin in Belgrad akkreditierte und anwesende Diplomaten, einige Sonderbotschafter, in Einzelfällen Delegierte im Ministerrang, das war die timide Vertretung jener dritten Kraft, in der man vor gar nicht so langer Zeit eine Hauptkomponente der Zukunft erblickt hatte.

In einem beträchtlichen Ausmass ist die Zurückhaltung sicher durch Rücksichtnahme auf Moskau zu erklären. Viele Länder, die noch vor einigen Jahren zum neutralistischen Lager gehört hatten, stehen heute eindeutig oder wenigstens hauptsächlich unter sowjetischer Protektion und können es sich nicht leisten, ihre Blockfreiheit auch als Unabhängigkeit gegenüber der UdSSR zu manifestieren.

Ein bezeichnendes Beispiel in dieser Hinsicht ist Kuba. In den letzten Jahren hatte es sich jeweils geweigert, an den von Moskau einberufenen Tagungen teilzunehmen, und hatte bei jeder Gelegenheit betont, dass es sich von niemandem (und auch vom Kreml nicht) Vorschriften machen lasse. Nunmehr hat Kuba an der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien teilgenommen, eine Teilnahme in Belgrad aber abgelehnt. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden sowjetischen Flottenbesuch hat Havanna vielmehr verlauten lassen, dass Kuba bei jedwelchen Auseinandersetzungen unter allen Umständen auf der Seite der Sowjetunion stehe.

Wie weit die sowjetische Dominanz auch schon in Westeuropa spielt, zeigt übrigens die Absage von Oesterreich und Finnland, die offensichtlich auf Moskauer Druck erfolgt ist, wenn auch natürlich die Neutralität zur Begründung angeführt wurde.

*

Die Kräfteverlagerung der letzten Jahre aber ist ein kontinuierlicher Prozess, der anderswo noch viel deutlicher geworden ist. Hier ist vor allem an den nördlichen Mittelmeerraum, den Nahen Osten, das Rote Meer und den Indischen Ozean zu denken, tendenziell überhaupt an die afro-asiatische Welt. Hier sind Begriffe wie Blockfreiheit, Neutralismus oder Nichtverpflichtung weitgehend tot. Es sei denn, dass sie einen neuen Inhalt erhalten, indem sie sich ausschliesslich auf den sino-sowjetischen Konflikt beziehen, während der frühere westliche Gegenpol immer deutlicher abgeschrieben ist. Der Neutralismus herkömmlicher Prägung verstand sich in seinen Abgrenzungen zum damals gleichgewichtigen Konflikt «Ost-West» mit seinen erkennbaren Zugehörigkeiten und seinem, wie man damals meinte, wachsenden Spielraum dazwischen. Wenn die neutralistische Welt antiwestliche Schlagseite hatte, so war das durchaus natürlich zu erklären. Schliesslich war der Kolonialismus westliches Erbe, und die Befreiung von jener Bevormundung galt plausiblerweise als Vorbedingung für eine echte Nicht-

verpflichtung, die wiederum als Vorstufe für eine eigenständige Politik jener Nationen und Nationengruppen gesehen wurde.

Seltsam ist es nur, dass just dieser Teil der damaligen Vorstellungen nicht in Erfüllung ging, und die bedeutungslose Versammlung in Belrad, im folgerichtigen Abstieg von Belgrad 1961 und Kairo 1964, ist ein Zeugnis dafür. Die Meinung, dass die Entkolonialisierung dem nichtverpflichteten Lager in seiner Gesamtheit oder in seinen Einzelteilen zu grösserer Selbständigkeit verhelfen müsse, stellt sich immer mehr als Mythos heraus. Man sehe sich doch zum Beispiel an, was aus den ehemaligen Stützpunkten der europäischen Mächte von den Mahgreb-Staaten bis zum Indischen Ozean geworden ist. Sowjetische Stützpunkte, die überdies noch ausgebaut und vervielfacht werden. Und die man natürlich nicht so nennt, was aber an den Tatsachen nichts ändert, es sei denn, dass eine grössere Dosis Hypokrisie als Element noch hinzu kommt. In vielen dieser Länder ist es bereits eine Selbstverständlichkeit, dass die militärische Ausrüstung samt zugehörigem Instruktions-, Beratungs- und Handhabungsapparat aus der Sowjetunion kommt. Und wenn seit einiger Zeit auch im schwarzafrikanischen Nigeria sowjetische Mig-Piloten ihre Einsätze gegen Biafra fliegen (während übrigens im westlichen Bewusstsein die einzige Unmoral dieser Geschichte in der Weiterführung der alten britischen Waffenlieferungsverpflichtung besteht), so zeigt sich darin nur eine weitere geographische Ausweitung des sowjetischen Einflusses abseits der Heerstrasse Moskauer Dominanz.

Die wirtschaftliche Beherrschung der Produktionsmittel, die man als Neokolonialismus bezeichnet und als Eigenschaft des Kapitalismus definiert, macht ebenfalls Fortschritte. Die UdSSR legt beispielsweise bereits die Hand auf das Erdöl der progressiven Araber, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis die niedlichen und von sowjetisch dominierten Positionen umzingelten Scheichtümer der arabischen Halbinsel ebenfalls übernommen sind. Und Aegypten etwa hat seine gesamte Baumwollernte auf Jahre hinaus an die UdSSR verpfändet, so dass es für allfällige Konkurrenzangebote schon gar keinen Spielraum mehr hat. Insgesamt hat der sowjetische Nichtimperialismus und Nichtkolonialismus das Erbe des westlichen Imperialismus und Kolonialismus mit dem Unterschied übernommen, dass er viel effektiver und viel ausschliesslicher ist.

Seinerzeit hatten die damaligen neutralistischen Staaten in Fällen einseitiger Dominanz noch immer die Möglichkeit, sich mit der Drohung einer Anlehnung an die andere Seite einen gewissen Spielraum zu verschaffen. Das war jenes berühmte Schaukeln, das in Ermangelung anderer Mittel als durchaus legitimes Vorgehen zum Zwecke möglicher Selbständigkeit erscheinen mochte. Damit ist es aber jetzt aus, weil die Anlehnung an den Westen keine ernsthafte Alternative mehr darstellt. Ueberreste dieser Politik gibt es noch, nur ist sie schon heute hoffnungslos anachronistisch und morgen erst

recht. Ueberdies ist sie praktisch ganz unilateral geworden, d.h. sie wird nur noch gegen die Neige westlicher Einflussphären ausgespielt, aber nicht umgekehrt. Das ist aber schon kein Schaukeln mehr. Nachdem der Westen keine Positionen mehr hat, von denen aus er allfälligerweise eingreifen könnte (weder machtmässige noch auch nur moralische, da jedes «Auftreten» dieser Exmächte im Unterschied zu sowjetischen Massnahmen mit der weltweit katechisierten Erbsünde des Kolonialismus und Imperialismus belastet ist), ist er auch als potentielle Alternativdrohung untauglich geworden. Mit der Drohung allfälliger westlicher Unterstützung etwa die Sowjetunion erpressen zu wollen, ist als Unterfangen ein Witz geworden, und im Grunde genommen wissen das alle Betroffenen auch sehr wohl. Abgesehen davon ist in den Ländern des Sonnenuntergangs die Einsicht in das eigene sündige Wesen parallel zur Einsicht in die eigene Ohnmacht gestiegen, und man verspürt je länger je weniger Lust, sich als Gegenspieler anrufen zu lassen. Ohnehin: Wenn man in Westeuropa gesamthaft vor etwas Angst hat, dann davor, sich in eine antisowjetische Position hineinmanövrieren zu lassen. Denn auch unser sensibler Kontinentteil ist um sein Gleichgewicht gekommen, unter anderem gerade in seinem Verhältnis zu den Grossmächten: Moskau ist mächtiger und respektabler als je zuvor, Washington ohnmächtiger und verachteter als je zuvor. Und wenn man schliesslich bedenkt, dass auch die USA selber eine Aversion haben, als Gegenpol zur Sowjetunion zu figurieren, braucht man eigentlich nicht mehr so grossäugig darüber zu staunen, dass die Länder der dritten Welt anscheinend ziemlich plötzlich keine andere Wahl als die sowjetische Protektion haben.

* *

Nun kommt ein Element hinzu, das zwar für den Westen ein schwacher Trost ist, aber seine politische Wichtigkeit hat: der sino-sowjetische Konflikt. Gibt diese in ihren Auswirkungen relativ neue Erscheinung der ehemals neutralistischen Welt, die in den dominierenden Sog der Sowjetunion geraten ist, nicht die Chance zu einem neuen Neutralismus? Tatsächlich sieht man da und dort Tendenzen, den sowjetischen Machträgern mit Hinweis auf die chinesische Konkurrenz ein bestimmtes Verhalten abzunötigen. Das gilt etwa von den diversen palästinensischen Organisationen, die von den Sowjets mit Vorbehalt, von den Chinesen aber ohne Vorbehalte unterstützt werden. Staaten wie Syrien, Irak oder Pakistan haben ihre Kontakte zu Peking in dem Augenblick aufgewertet, da China ersichtlicherweise die einzige Macht der Welt wurde, die offen und vorrangig antisowjetisch ist. Andererseits aber sind gerade diese Beispiele dazu angetan, auf recht überzeugende Weise zu zeigen, dass China jedenfalls in jenem Teil der Welt kein ernstliches Gegengewicht zur Sowjetunion bildet. Denn in eben diesen Ländern hat Moskau gerade jetzt durch neue Verträge seine wirtschaftliche und militärische Stellung verstärkt. Länder wie Aegypten oder Indien sind ohnehin sowjetisches Dominion.

So vehement Peking seine moralische Unterstützung für die Dinge gestalten mag, die es für gut befindet, so sorgfältig es einzelne palästinensische oder schwarzafrikanische Guerillas ausbilden mag, die sowjetischen Argumente, die vom Mig 21 bis zum ganzen Wirtschaftspotential reichen und ebenso unter dem kanonisierten Vorzeichen des Sozialismus stehen, sind machtmässig eben doch entscheidend stärker. Genauso wie im Falle von Kuba erweist sich hier die effektive Abhängigkeit von Moskau als bestimmend und nicht die allfällige echte oder gespielte Wahlverwandtschaft zu Peking.

*

In Ostasien liegen die Dinge vielleicht etwas anders, einmal wegen der Nachbarschaft zu China, dann auch deshalb, weil dort der Kampf um die Nachfolge erst richtig beginnt. Zunächst zeigt sich aber auch hier, dass der Rückzug des Westens, in diesem Fall vor allem der Amerikaner, in den verschiedenen Staaten nicht etwa eine neue Selbständigkeit, sondern nur eine neue Zuordnung fördert.

Höchst bezeichnend sind in dieser Hinsicht die diversen asiatischen Reaktionen auf den beginnenden amerikanischen Truppenabbau in Vietnam. Wenn die USA wirklich erwarteten (was sie allerdings wohl nur rhetorisch taten), dass nun die fernöstlichen Alliierten verstärkt in die Breschen springen würden, so sahen sie sich getäuscht. Denn natürlich ist das Gegenteil der Fall. In Japan hat der ASPAC (Asian and Pa-

cific Council), der sich selbst als fernöstlicher Zusammenschluss gegen das Vordringen des Kommunismus versteht, via gastgebende japanische Regierungsvertreter versichern lassen, dass ihm nichts ferner liege als antikommunistische Haltung (was kommunistische Demonstranten trotzdem nicht an der erfolgreichen Belagerung des Gebäudes hinderte), und der thailändische Delegierte forderte Aufnahme der UdSSR in die ASPAC (!). Andererseits hat Thailand inzwischen auch die Verhandlungsaufnahme mit China empfohlen. Laos sucht, nach den Worten eines nationalchinesischen Politikers, «seinen Schutz, wo es kann, nämlich bei der UdSSR, und niemand kann es ihm verdenken». Und die Philippinen, proamerikanisches Land par excellence, wollen jetzt einen Freundschafts- und Wirtschaftspakt mit der Sowjetunion. In Kambodscha hatte Souvanna Phouma schon im Winter gesagt, dass bei einem amerikanischen Rückzug aus Ostasien seinem Land nur die Unterordnung unter China bleibe. Am interessantesten ist der Fall Taiwans. Im Verhältnis zu diesem Staat oder Pseudostaat, der beispielsweise von der Schweiz nicht anerkannt wird, zeichnet sich ein fundamentaler Wandel in allen Ländern (und nichtregierenden Parteien) des Moskauer Lagers ab.

Bei der letzten internationalen kommunistischen Konferenz in Moskau ging man auf einen Antrag eines ostasiatischen Delegierten, im Schlussdokument die Wiedereingliederung Formosas an China zu fordern, charakteristischer-

weise überhaupt nicht ein. Und in Bulgarien weilte anlässlich einer Tourismus-Konferenz im Mai eine Regierungsdelegation aus Taipeh, die in dieser Eigenschaft zu den Gesprächen eingeladen war. Dieses präzedenzlose Vorkommnis wäre bis anhin ebenso unmöglich gewesen wie heute etwa der Empfang einer Regierungsdelegation aus Saigon. Auch andere Indizien (mittelbare Kontakte, inoffizielle Besuche) weisen darauf hin, dass der Kreml bereit ist, Formosa in den Kreis seiner Schützlinge rund um China aufzunehmen, in Ablösung der amerikanischen Beschützerrolle. Das Regime von Taipeh dürfte sich zu gegebener Zeit um so leichter mit dieser Lösung abfinden, als die UdSSR ihr Protektorat sicher nicht wegen solcher Dinge wie interne Opposition oder öffentliche Meinung der Welt aufgeben wird.

*

In Ostasien folgt bezüglich Chinas auf die Aera des amerikanischen Containments die Aera der sowjetischen Umzingelung; nur eine Aera der selbständigen Staaten gibt es nicht. Und natürlich wird China gegen die sowjetische Dominanz kämpfen. So oder so aber zeigt sich, dass die bis anhin noch selbständigen Drittstaaten sich entweder mit China oder mit der UdSSR arrangieren, allenfalls mit beiden im Sinne des neuen Neutralismus, der mit der alten Sinngebung nichts mehr zu tun hat. Die Befreiung der dritten Welt hat nicht stattgefunden, wohl aber ihre Neuaufteilung.

Christian Brügger

In Kürze

Die sowjetische Industrie in Ostsibirien im Zeichen des sino-sowjetischen Konfliktes

Die Sowjetunion richtet deutliche Warnungen an Peking, die Grenzen Ostsibiriens seien unverrückbar. Verhandlungen seien daher nur über eine Berichtigung von Demarkationen möglich, soweit sie im Interesse beider Staaten liegen. China dagegen fordert von der Sowjetunion ungefähr die Hälfte Ostsibiriens. Als Basis für die Grenzregelung möchte es zum Friedensvertrag von Nerstschinsk von 1689 (!) zurückkehren, womit ihm das gesamte Amur-Gebiet zufiele. Da die Sowjetunion diese Forderung natürlich nicht anerkennt, vertieft sich der sino-sowjetische Konflikt weiter.

Die fortschreitende Verlagerung wichtiger Industrien der UdSSR aus dem unmittelbaren Grenzgebiet mit China entlang dem Amur weist jedenfalls auf eine Verschärfung der Auseinandersetzung hin. Dass die sowjetischen Truppentransporte nach Ostsibirien und Fernost auf der Transsibirischen Bahn weiter andauern, spricht ebenfalls dafür.

Die Verlagerung von Grenzindustrien in Ostsibirien bedeutet indessen nicht, dass die sowjetische Industrialisierung im Fernen Osten vernachlässigt wird. Im Gegenteil: Zwei grosse sowjetische Atomzentren sind in Sibirien neu im Entstehen. Es sind dies Atomnaja und Bilibino zwischen der Ostsibirischen See und dem Ochotskischen Meer.

In Atomnaja wird ein gigantisches Wärmekraftwerk zur Erschliessung Nordostsibiriens bis nach Anadyr gebaut. In Nordostsibirien werden nach der Entdeckung bedeutender Lager strategisch wichtiger Buntmetalle (u. a. Nickel) grosse Buntmetall-Verhüttungsindustrien aufgebaut in Omsukschan, Arkagala, Bilibino, Pewek, Anadyr und Beringowski. Fast alle diese Orte sind neu errichtet worden.

Der sino-sowjetische Konflikt in den Spalten der Flüsterpresse

An der russisch-chinesischen Grenze stehen sich schwer bewaffnete Soldaten gegenüber und warten nur noch auf den Feuerbefehl. Plötzlich erhellt sich über ihnen der nächtliche Himmel, und im blendenden Lichte erscheinen die Gestalten von Marx und Lenin. In ihren Händen halten sie ein Spruchband: «Proletarier aller Länder, zerstreut euch!»

*

Iwan zu Alexej: «Wer ist der grösste Pessimist?» — Alexej: «Wer sich heute schon Stäbchen statt Essbesteck kauft!» — Alexej zu Iwan: «Und wer ist der grösste Optimist?» — Iwan: «Wer glaubt, dass es dann noch etwas zu essen geben wird!»

*

Drei russische Astronauten landen auf dem Mond. Voller Stolz wollen sie das sowjetische Banner hissen. Doch — auf dem nahen Hügel flattert bereits eine Fahne. Einige vermummte Gestalten kommen näher. Es sind Chinesen. «Nanu», sagt der russische Anführer, «wie kommt ihr denn hierher, ihr habt doch keine Mondraketen?» — «Raketen, Raketen», kichern

die Chinesen, indem sie fortwährend eine Faust auf die andere setzen. «Ein Chinese, zwei Chinesen, drei Chinesen, vier Chinesen...»

*

Zwei Hausfrauen in Peking: «Haben Sie schon gehört, in Moskau werden die Katzen ausgerottet?» — «Warum denn das?» — «Weil sie chinafreundliche Propaganda machen!» — «Wie bitte?» — «Sie schreien die ganze Nacht ‚miao, miao‘.»

Amerikanischer Kredit für den jugoslawischen Autobahnbau

Die Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) in Washington hat Jugoslawien Ende Mai einen Kredit von 35 Millionen Dollar für den Bau der Autobahnen Vrhnika—Postojna (Slowenien), Zagreb—Karlovac (Kroatien) und der Autostrasse Kicevo—Gostivar (Mazedonien) gewährt. Die Rückzahlung dieses Kredites soll innerhalb von 25 Jahren und mit einem Zins von 6,5 Prozent erfolgen. Der Baubeginn ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen. 1972 sollen bereits die ersten Wagen rollen. Die beiden Autobahnen werden vierspurig und insgesamt 28 Meter breit sein. Die Einführung einer Autobahngebühr ist geplant.

Wie in Belgrad verlautet, wird eine Delegation der Weltbank Jugoslawien bis Ende dieses Jahres besuchen und an Ort und Stelle die weiteren Strassenbauprojekte studieren, da Jugoslawien um einen weiteren Kredit in der Höhe von 110 Millionen Dollar nachgesucht hat. Mit Hilfe dieses Kredites soll die erste Autobahn in Serbien, von Belgrad über Novi Sad bis zur ungarischen Grenze, gebaut werden.